

# **aufstehen** **Basis**

## **Resolution**

### **Keine allgemeine Impfpflicht, keine Vertiefung der sozialen Spaltung!**

Wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Basis-Vernetzungskonferenz der Sammlungs-bewegung "aufstehen" sind besorgt über die Zuspitzung der sozialen Verwerfungen, die mit der Corona-Pandemie offensichtlich geworden sind. Als eine Bewegung, die sich der Verbesserung der sozialen Lage des ärmeren Teils unserer Gesellschaft in einer friedlichen und umweltfreundlichen Welt verpflichtet sieht, wenden wir uns gegen jegliche Versuche, die Diskussion Pro und Contra Impfpflicht als Ablenkungsmanöver zu nutzen, das den Gefahren der gegenwärtigen neoliberalen Politik die notwendige Aufmerksamkeit entziehen soll. Die Corona-Maßnahmen der Regierung verschärfen durch ihre teilweise Unverhältnismäßigkeit und Widersprüchlichkeit die Spaltung der Gesellschaft, gefährden den sozialen Frieden und leisten der Panikmache der Medien Vorschub.

Wir fordern eine radikal bessere Unterstützung der finanzschwachen (oft als sozial schwach diffamierten) Bevölkerungsschichten. Dies betrifft unter anderem die geringe Höhe der Löhne und Gehälter bzw. der Grundsicherung und der Sozialhilfe, die den tatsächlichen Bedarf der Betroffenen bei weitem nicht decken. Leidtragende sind vor allem die Geringverdiener in kleinen Wohnungen und mit ausfallenden Einnahmen (z.B. aus Nebenjobs, wegen Kurzarbeit etc.) sowie Kulturschaffende und Kleinunternehmer in Handel und Gastronomie. Leidtragende sind besonders auch Kinder und Senioren. Ausgedünnt bzw. stark verteuert werden Angebote der Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit, Pflege, Wohnen, Energie, Lebensmittel, Bildung und Mobilität. **Millionäre und Milliardäre dagegen haben ihr Vermögen während der Pandemie teilweise verdoppelt; sie sind für die Pandemiemaßnahmen zur Kasse zu bitten.**

Was die Reaktionen auf Corona-Maßnahmen der Regierung und ihre mediale Begleitung betrifft, so distanzieren wir uns von jeglicher einseitigen Darstellung und Bewertung.

**Wir distanzieren uns** von Diffamierung und Gewalt gegen Menschen, die zur Einhaltung von Abständen, Hygieneregeln und Maskenpflicht mahnen, sowie von Beschimpfung, Gewalt und Gewaltaufrufen gegen Polizisten, Politiker, Impfähzte oder Virologen.

**Wir distanzieren uns** von sozialdarwinistischen Behauptungen, dass die Corona-Opfer ihr Schicksal selbst durch ungesunden Lebenswandel verursacht hätten, und von jeglichen Vergleichen mit dem Holocaust.

**Wir distanzieren uns aber auch** von der Hetze gegenüber denjenigen, die sich kritisch zu den Corona-Maßnahmen oder zu einer allgemeinen Impfpflicht äußern.

Wir halten eine allgemeine Impfpflicht derzeit für unverhältnismäßig, weil die Faktenlage einen derartigen Eingriff in die Freiheit des Einzelnen nicht rechtfertigt, denn

- es gibt noch keine Impfstoffe, die eine reguläre Zulassung erhalten haben und deren Wirkungen und Nebenwirkungen erschöpfend erforscht werden konnten,
- die Impfstoffe stellen keine sichere Immunität her und schützen nicht vor Weiterverbreitung der Krankheit,
- die Maßnahmen verfolgen bislang keine globale und damit nachhaltige Strategie.

Vor diesem Hintergrund ist es weiterhin inakzeptabel, dass die Pharmaindustrie in Verträgen von der Haftung für unbekannte Langzeitfolgen entbunden wird.

**Wir sprechen uns mehrheitlich gegen eine ALLGEMEINE Impfpflicht aus.**

**Wir fordern dazu auf, endlich über die Ursachen der realen sozialen Ungleichheiten zu diskutieren mit dem Ziel, diese zu beseitigen!**